JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH"
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 32	9. Mai 1919	ט' איר תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Die Jüdische Frage in Paris.

In einer Reihe von Artikeln schildert *Ruben Fink* im New-Yorker „Jiddischen Kämpfer", das von der zionistischen Delegation in Paris Erreichte und Versäumte. In seinem ersten Sonderartikel legt er dar, dass die Zionisten und ganz besonders die Delegierten des amerikanischen jüdischen Kongresses viel zu spät nach Paris gekommen sind und dadurch vor allem die geradezu einzige Gelegenheit, gleich den anderen Nationen sich einen Delegierten am Friedenstisch bei den Beratungen zu sichern, wie auch die Möglichkeit die jüdische Frage gleichzeitig mit den Vorschlägen betreffs der Liga der Nationen zu erörtern, versäumt haben. (Auch Dr. *Syrkin* berichtet in ähnlichem Sinne in einem Briefe an das Zentralkomitee der amerikanischen Poale Zion.) In seinem zweiten Artikel weist Ruben Fink auf das in Paris Erreichte hin, und schreibt: „Jetzt wollen wir sehen, was sie, die Zionisten, bekommen haben. Ich will gleich erklären, dass ich unter „sie" die Führer der Zionisten meine, in deren Hand die ganze Sache gelegt wurde. Das ist wichtig. Das, was die Führer erlangt haben, hat vielleicht recht vielen Zionisten aller Schattierungen nicht gefallen. Das „Volk" hätte sicher ein anderes Programm vorgelegt. Ob das Volk dies Programm hätte durchführen können oder das Spiel ganz verloren hätte, darüber kann man nur Vermutungen anstellen. Es ist allerdings möglich, dass man tatsächlich etwas mehr hätte erreichen können, als die Führer verlangt haben. Ich will jedoch nochmals stark unterstreichen, dass die zionistischen Führer im allgemeinen alles erreicht haben, was sie verlangten. — Ein Erfolg, dessen kein anderes Volk bei der Friedenskonferenz sich rühmen kann, nicht einmal die ganz Grossen von den „mächtigen Zehn". — Das ist eine der wichtigsten Episoden der ganzen Pariser Geschichte. Die Hauptpunkte, die die zionistischen Führer verlangt haben und die ihnen auch so gut wie ganz bewilligt wurden, sind folgende:

1. Die Friedenskonferenz in Paris anerkennt ohne irgendwelchen Vorbehalt das Prinzip, dass ein jüdisches „commonwealth" in Palästina wünschenswert ist und dass dieses „commonwealth" von den Völkern unterstützt werden soll.

2. Unter Palästina hat man jenes Territorium zu verstehen, welches zur Zeit der Bibel mit diesem Namen bezeichnet worden ist, d. h. das Land, das die Juden in den erfolgreichsten Jahren ihrer Geschichte besassen, das Land, das sich von Dan bis Beerseba hinzieht und das das „grössere Palästina" genannt wird.

3. Palästina soll unter die Aufsicht der Liga der Nationen gestellt werden.

4. Diese Liga der Nationen soll einem ihrer Mitglieder — man meint damit sicher England — im Namen der Liga das Mandat über dieses neue Reich erteilen und das Mandat soll laut den Vorschriften und Gesetzen der Liga ausgeübt werden. Wie lange dieses Mandat andauern soll, ist unbestimmt, und hängt von spätern Umständen ab, laut dem Willen und der Fähigkeit der Einwohner von Palästina.

5. Die Juden in Palästina sollen nationale Rechte haben und volle Gewalt über ihre eigenen Angelegenheiten unter allgemeiner Aufsicht des Mandatars. Die jüdischen Gemeinden in Palästina, jede besonders und alle zusammen als ganzes, sollen dieses nationale Recht bei der Einrichtung ihrer eigenen Institutionen besitzen. Sie sollen eine Art autonomes Leben über alles führen, was die Juden in Palästina berührt. Dies wird unbedingt so verstanden, dass das jüdische nationale Recht von dem Mandatar anerkannt wird.

6. Palästina wird anerkannt als jüdisches Heim — Homeland — aber dadurch sollen die Interessen der Juden in allen andern Ländern, wie auch die Interessen der Nichtjuden in Palästina nicht berührt werden.

7. Die Juden sollen eine proportionelle Vertreterschaft laut ihrer Macht und ihrem Einflusse in den verschiedenen „Regierungsconsuln" und andern administrativen Einrichtungen haben.

8. Die Juden sollen das absolute Recht erhalten, die Aufsicht über die jüdische Immigration in Palästina zu führen. Die Juden sollen die Einwanderer an das Land anpassen und sie für die zukünftigen Bedürfnisse und Beschäftigungen vorbereiten können. Es wird unzweideutig verstanden, dass diese Regulierung ausgearbeitet und kontrolliert wird von dem jüdischen administrativen Komitee. Daher wird die nichtjüdische Bevölkerung die Juden, die sich in Palästina niederlassen wollen, nicht stören können und gleichzeitig werden die Juden Bestimmungen treffen können, trotz liberalstem Reglement nur diejenigen zur Einwanderung

zuzulassen, die dem Lande behilflich und nützlich sein können.

9. Der Besitz von Boden soll so geregelt werden, dass er nicht in die Hand von Spekulanten geraten kann. Der Boden soll nur denjenigen verkauft werden, die ihn bebauen wollen und darüber soll die jüdische Administration zu entscheiden haben. Sie soll auch im eigenen Namen Land für die Landarbeiter kaufen können, so dass es nicht vertrustet werden kann.

10. Es wird verstanden und anerkannt von den Völkern der Friedenskonferenz, von der Mandatarmacht, wie auch von den Nationalitäten die Palästina bewohnen, dass Palästina schon jetzt ein jüdisches „Home" wird und dass ein möglicher Judenstaat in der Zukunft erwartet wird, laut den Umständen der Bevölkerung und anderen Faktoren. (Bei diesem Punkt drückt man sich nicht ganz klar aus.)

Diese Punkte sind die „zehn Gebote", die die zionistischen Führer in Paris gefordert und erlangt haben. Ich schildere sie hier in meiner eigenen Sprache und nach meiner eigenen Anordnung. Die Zionisten werden wahrscheinlich nach einiger Zeit alles veröffentlichen und einige meiner Punkte noch berühren und von anderen Punkten blos kürzere Details mitteilen. Aber nach der Ansicht von Weizmann, Rosow, Jacobsohn, Chaimsohn und selbst Sokolow habe ich damit die wichtigsten Punkte mitgeteilt. Nach mannigfachen Unterredungen und Betrachtungen mit ihnen habe ich dies herausbekommen.

Wie man sieht, haben also die Führer im allgemeinen alles erreicht, was sie verlangt haben, und weshalb? Weil sie ein solches Minimum verlangt haben, dass gar keine Möglichkeit mehr zum Verlieren übrig blieb. Laut den Umständen und laut den sehr milden und zugänglichen Forderungen, die von den Zionisten aufgestellt worden sind, mussten sie gewinnen, speziell wenn man die Protektion betrachtet, die sie gehabt und die grosse Arbeit, die sie geleistet haben. Deshalb haben sie mehr Erfolg gehabt, als so manche grosse Macht.

Wir haben also einstweilen nicht mehr wie eine Art „Homeland" (ein sehr unbestimmter Terminus) in Palästina, und wir bekommen dort nationale Rechte (wie die Juden sie jetzt in Litauen haben und wie sie die Juden in Saloniki zu haben pflegten) — das ist jetzt, das ist vorderhand. Später, wenn die Juden in Palästina die Majorität bekommen, werden diese nationalen Rechte eine andere Bedeutung haben. Damals — so wird verstanden — (obwohl es nicht klar bezeichnet ist) wird erst der wirkliche jüdische Staat in Palästina geschaffen werden. Jener Staat, den wir eine Zeitlang erhofft haben.

Jetzt haben wir einen *halben Sieg* — die andere Hälfte des Sieges hängt davon ab, *wie schnell die Juden nach Palästina übersiedeln* wollen. Es heisst also, *wenn die Juden wollen, so haben wir Palästina.*"

Pogrome ohne Ende.

Zu den Vorfällen in Pinsk.

Der „Hajnt" vom 25. April berichtet, dass gestern wieder sehr beunruhigende Meldungen aus Pinsk eingetroffen sind. Dienstag und Mittwoch sind dort neuerlich Judenunruhen vorgekommen. Laut erhaltenen Meldungen gab es dort Verwundete und Tote. Genaue Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Warschau. Laut „Moment" hat General *Listowski* auf Intervention des Abg Prilucki den Zahlungstermin der Kontribution von 100,000 Mark, die den *Pinsker Juden* auferlegt worden war, erstreckt.

Unruhen in Lublin.

Am 24. und 25. April brachen auch in Lublin Judenunruhen aus. Man plünderte jüdische Geschäfte. Am Bahnhof wurden alle jüdischen Reisenden fürchterlich geschlagen. Mittags stellte die Miliz und Gendarmerie die Ordnung wieder her. Die Warschauer antisemitische „Dwa Grosze" behauptet: die jüdische Bevölkerung habe bei der Assentierung Rekruten überfallen. Sieben Rekruten, darunter auch der 62 jährige Nowitzki, wurden von den Juden geschlagen. Die Juden waren mit Messern bewaffnet. (Die Juden haben jetzt in Polen wirklich keine andere Sorgen, als grundlos von sich aus Militär anzurempeln.) Provozierend (!!) schlossen die Juden die Geschäfte und versteckten sich in den Häusern. Die Menge begann Scheiben einzuschlagen und hat auch manche Geschäfte aufgebrochen. Wie es sich mit dieser Meldung der „Dwa Grosze" verhält, beweist am besten die Meldung der gewiss nicht judenfreundlichen „Ziemia Lubelska", die folgendes schreibt: „Ein Häuflein Rekruten, bestehend aus jungen Bauern, rempelte in der Krakauer Vorstadt die Juden an. Das Anrempeln überging später in Schlägereien und in Jagd auf die flüchtenden Juden. Diesen strafwürdigen Ueberfällen machte die Polizei ein Ende, die die Schuldigen verhaftete.

Unruhen in Kowel, Cholm und Rajwicz.

Der „Hajnt" vom 27. April berichtet, dass aus einer ganzen Reihe von Städten, ausser *Lublin* ,und *Bialystok*, Meldungeu über Exzesse gegenüber Juden eintreffen, so aus *Kowel*, *Cholm* und *Rajwicz.* Der „Hajnt" wandte sich sofort an seine dortigen Korrespondenten um Einzelheiten.

Pogrom in Lida.

Laut Warschauer Meldungen vom 24. April, kam es vorige Woche in Lida zu einem schrecklichen Pogrom, in welchem im Laufe von 4 Stunden gegen 1500 Juden umgekommen sind. Da Einzelheiten noch nicht vorliegen, muss man diese mehr als schreckliche Nachricht mit Vorsicht aufnehmen. (Hajnt.)

Warschau, 3.Mai. Einer amtlichen Meldung zufolge, erklärte der Bezirkzkommissär Zdonowicz gegenüber der Untersuchungskommission des Landtages, daß die Zahl der in Lida infolge ihres Bolschewismus erschossenen Juden 35 betrage. Der genannte Kommissär übergab auch der Kommission ein Namensverzeichnis der Erschossenen.

Ein viertägiges Blutbad in Wilna.

Berlin, 5. Mai. Nach hier eingegangenen Meldungen vollzieht sich der ganze Vormarsch der polnischen Armee unter schrecklichen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung. Die Panik unter den Juden wächst täglich umsomehr, als die Bolschewiki wieder vorrücken und

den Polen mit furchtbarer Rache drohen, falls sie Wilna zurückerobern. Die polnischen Legionäre veranstalteten am Tage nach ihrem Einzug in Wilna ein furchtbares, vier Tage lang währendes Massaker gegen die jüdische Bevölkerung. Eine grosse Zahl an Toten und Verwundeten ist zu beklagen. Da sich die Polen darauf vorbereiten, Wilna wieder räumen zu müssen, führen sie aus der Stadt die Lebensmittel weg, wodurch sich die Bevölkerung in Hungersnot befindet. (Auch der soeben eingetroffene „Hajnt" bringt beunruhigende Nachrichten aus Wilna.)

Furchtbare Judenpogrome in Homel, Bobruisk, Briansk und Smolensk.

Warschau, 17. April (Spezialbericht des K. f. d. O.). Eben aus Rußland zurückgekehrte Personen berichten über furchtbare Judenmetzeleien in *Smolensk*, *Briansk*, *Homel* und *Bobruisk*. Besonders furchtbar ging es in Homel zu, wo über 300 Juden den Tod fanden und der gesamte jüdische Besitz zerstört und geplündert wurde. Die Pogrome sollen durch die Sozialrevolutionäre organisiert worden sein. Die Warschauer polnische Zeitung „Dwa Grosze" gibt die Zahl der Opfer des Pogroms in Homel auf 2500 an.

— Die Bialystoker „Dus Naje Leben" meldet Einzelheiten über die Unruhen in *Homel*. Ein Augenzeuge berichtet: „Als ich am 24. März abends nach Homel kam, betraten drei rote Gardisten den Waggon mit dem Rufe: „Man muss die Juden töten und Russland retten. Sie haben die Kommune eingeführt und schicken uns an die Front um dort zugrunde zu gehen". Von den Reisenden wurden 20 Juden ergriffen und auf den Perron geführt. In der Dämmerung konnten 5, darunter auch ich entrinnen. Die übrigen wurden erschossen. Gleichzeitig brach in der Stadt ein Aufstand gegen die lokale Sovietregierung aus. Man beschoss das Hotel Savoy, wo die Anführer der Bolschewisten sich verbarrikadiert hatten, aus Kanonen und Maschinengewehren, wobei mehrere Kommissare getötet worden sind. Die übrigen wurden gefangen genommen und ausserhalb der Stadt erschossen. Gleichzeitig plünderte der Mob auf den Strassen die Häuser und mordete die Juden. Am 26. März kamen aus Minsk 2 chinesische Regimenter und begannen die Stadt zu beschiessen, wobei viele Häuser zerstört worden sind. Eine Menge von Leuten kam dabei ums Leben. Am 27. herrschte wieder Ruhe in der Stadt. Im Laufe von 3 Tagen wurden 200 Juden ermordet."

(Diese Nachricht muss mit grosser Reserve aufgenommen werden, da laut den Warschauer Zeitungen selbst die bolschewistische „Prawda" die Zahl der Opfer in Homel mit 2500 angibt. Der Warschauer „Kurjer Poranny" spricht sogar von 14,000 Opfern. Er scheint halt die Polen zur grösseren Leistungen anspornen zu wollen.)

Ueberfälle in Warschau.

Die Ueberfälle auf die Juden in Warschau durch die neu eingezogenen Posener Truppen des General Haller, die hauptsächlich auf der Freta und den anliegenden Gassen sich abspielten und danach sich auch auf die Nalewki und weiter verbreiteten, dauerten mehrere Tage an. Als Ursache gab man an, dass sieben Soldaten der Haller'schen Armee durch, bei Juden gekauften Schnaps. vergiftet worden waren, weshalb die „Posener" Rache an den Juden nahmen. Der „Hajnt" bringt täglich längere Schilderungen darüber, wie auch die Namen der Ueberfallenen und Beraubten. Um die Stadt zu beruhigen, wurde folgendes offizielle Kommuniqué von der Regierung veröffentlicht: „Wegen der widersprechenden und ungenauen Zeitungsmeldungen über die Vorfälle auf der Freta und den angrenzenden Strassen wird vom Ministerium des Innern auf Grund offizieller Recherchen festgestellt: Die Ursache der Vorfälle bildete das Faktum, dass ein Soldat, nachdem er auf der Fretagasse Nr. 50 gekauften Schnaps getrunken hatte, gestorben ist. Diese Gelegenheit benützte der Pöbel, um Unruhen hervorzurufen, die ihm gewöhnlich Gelegenheit bieten, fremdes Eigentum zu rauben. Die öffentliche Sicherheitsbehörde, wie auch das Stadtkommando, haben mit vollster Entschlossenheit die ersten Versuche von Exzessen unterdrückt und eine Untersuchung eingeleitet. Die Schuldigen, die diese Vorfälle hervorgerufen haben und fremde Habe und Gut sich aneignen wollten, werden strenge bestraft werden.

Ueberfälle auf Juden in Bialystok.

Laut „Hajnt" vom 27. April brachen am 25ten in Bialystok, wo es bisher ruhig gewesen war, furchtbare Exzesse gegen die Juden aus. Mittags brachte man eine grosse Partie gefangener „Bolschewisten" in die Stadt, darunter auch viele Greise mit weissen Bärten. Man schloss sofort die Geschäfte. Sogleich begann eine wilde Jagd auf jeden Juden und jeder dessen man auf der Strasse habhaft werden konnte, wurde furchtbar geschlagen. Nach Abtransport der Gefangenen beruhigte sich die jüdische Bevölkernng ein wenig. Dies dauerte jedoch nicht lange. Bald begannen neue Exzesse gegen Juden, die schon einen viel ernsteren Charakter trugen. Um 1 Uhr, in welcher Zeit der Informator des „Hajnt" die Stadt verliess, waren die Strassen wie ausgestorben. Man hörte blos Jammern und Wehgeschrei in den einzelnen Häusern. Was später geschah, ist bisher unbekannt.

Unruhen in Strzyzów.

Aus Strzyzów bei Rzeszów erhält die „W. Morgenzeitung" nachstehenden Bericht: Montag den 21. April, abends, während die Juden im Bethaus anlässlich des Pessachfestes den Gottesdienst verrichteten, sammelte sich eine grosse Menschenmenge vor demselben an und verlangte unter wüstem Lärm die Herausgabe eines verschwundenen christlichen Mädchens. Dann stürmte die Menge ins Bethaus, löschte die Lichter aus und prügelte die Juden mit Leuchtern und Betpulten sowie mit Stricken und Stangen jämmerlich. Die Prozedur dauerte eine Stunde lang. Ein Jude ist den Verwundungen bereits erlegen, 10 sind schwer und zirka 50 leicht verletzt worden. Trotzdem das gesuchte Mädchen inzwischen erschienen ist, dauerte die bedrohliche Haltung der polnischen Bevölkerung den Juden gegenüber noch zwei Tage lang an.

Pogrom in Gitomir.

„Kurjer Warszawski“ berichtet von einem neuerlichen Pogrom in *Gitomir*. Nachdem die Petljurcy die Bolschewiki aus Gitomir nach blos achttätiger Besetzung der Stadt vertrieben hatten, veranstalteten sie einen furchtbaren Judenpogrom. Es wurden zweitausend Juden in buchstäblichem Sinne des Wortes erschossen.

Die polnische Judenfrage.

Die polnische Judenfrage ist derzeit in Paris sehr aktuell. Dieser Tage hat General Henry vor seiner Abreise nach Warschau mit einem der zionistischen Führer konferiert.

Das „Joint Committee“, die Alliance und andere jüdische Organisationen aus Amerika und England sind mit der Delegation der jüdischen Nationalräte Osteuropas zur Verständigung gelangt, gemeinsame Schritte zu unternehmen, damit die Juden als Nation anerkannt und ihnen nationale Minoritätsrechte zuerkannt werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Exekutivkomitee gewählt, dem folgende Herren angehören: *Marshal, Ussischkin, Bigard, Lucien Wolf, Adler*. Das verfasste Memorandum soll dieser Tage der polnischen Mission in Paris, wie auch Paderewski übergeben werden. (Dziennik Nowy.)

Krakau, 25. April. Wie dem „Nowy Dziennik“ aus Paris telegraphiert wird, ist es zwischen den Vertretern der amerikanischen und englischen Judenheit einerseits und den Delegierten der jüdischen Nationalräte andererseits in der Frage der Forderung nationaler Minderheitsrechte für die Juden zu einer Einigung gekommen. Es wurde eine Kommission gebildet, bestehend aus Louis *Marshal*, Nahum *Sokolow*, Dr. *Thon*, M. *Ussischkin*, Lucien *Wolf* und Cyrus *Adler*, die die Aufgabe hat, ein diesbezügliches Memorandum auszuarbeiten, das dem gegenwärtig in Paris weilenden polnischen Ministerpräsidenten *Paderewski* überreicht werden soll.

— Laut „The Jewish Times“ sind die jüdischen Delegierten aus Polen mit der polnischen Mission in Paris in Beziehungen getreten und führen Verhandlungen über die so schmerzreiche polnische Judenfrage. Einige Sitzungen wurden bereits abgehalten. Dr. *Braude* und Dr. *Thon*, bei welchen sich der Korrespondent der „The Jewish Times“ näher erkundigen wollte, waren in ihren Aeusserungen mehr als vorsichtig. Dr. Thon erklärte, „einstweilen lässt sich noch nichts darüber sagen, höchstens, dass die Verhandlungen eine *freundliche* Wendung nehmen“. Auf die Frage des Korrespondenten, ob eine zufriedenstellende, beharrte Dr. Thon auf seinem ersten Ausdruck „nein, nur eine freundliche“.

General Botha fordert Gleichberechtigung für die Juden in Polen.

London. Soeben wird bekannt, dass der Präsident der südafrikanischen Regierung General *Botha* einen Appell an die Friedenskonferenz abgeschickt hat, die Polen zu beeinflussen, dass sie in ihre Konstitution Garantien für die jüdische Freiheit und Gleichberechtigung aufnehmen. Vor allem muss die polnische Regierung energische Schritte gegen die Judenpogrome ergreifen.

(Wiener Morgenpost.)

Von der Sozialisten-Konferenz in Amsterdam.

Auf der Amsterdamer internationalen sozialistischen Konferenz wurde seitens des „Bund“ in Polen, eine Resolution eingebracht, dass Palästina für die Emanzipation des jüdischen Proletariats keine Rolle spiele. Diese Resolution wurde von der sozialistischen Permanenz-Kommission abgelehnt.

— Die internationale Sozialisten-Konferenz in Amsterdam hat auf Grund der Kommissionsanträge folgenden, vom Führer der „Poale Zion“ *Berl Locker*, auf der Konferenz in Bern gestellten und damals zur Ueberprüfung zurückgestellten Antrag zum Beschlusse erhoben:

Die Konferenz protestiert aufs entschiedenste gegen die schmachvolle Behandlung der Juden in Rumänien und fordert die Regelung der Judenfrage dieses Staates sowie der ihm einzuverleibenden Gebiete im Sinne voller bürgerlicher Gleichberechtigung und nationaler Selbstverwaltung unter internationaler Garantie. Sie fordert die uneingeschränkte, ausnahmslose Naturalisierung und die Gleichberechtigung aller Juden Rumäniens und verwahrt sich gegen jeden Versuch der rumänischen Regierung durch einschränkende Massnahmen, wie das Verlangen der Vorlage von Akten und sonstigen Beweisen die Rechtlosigkeit der Juden zu verewigen. Der Völkerbund muss darüber wachen, dass eine Wiederholung des Vertragsbruches seitens der rumänischen Regierung unmöglich wird.

Die Arbeitslosigkeit in Palästina.

In einem Briefe an das Zentralkomitee der amerikanischen Poale Zion schildert Chawer *Blumenfeld* namens des Arbeitsbüros in Palästina die triste Lage der dortigen Arbeiter. Er schreibt u. a.: Das Arbeitsbüro hat an die zionistische politische Kommission folgendes Schreiben gerichtet: Die Arbeitslosigkeit steigt von Tag zu Tag. Die gerechtfertigte Unzufriedenheit der Arbeiter wächst täglich und wer weiss, zu welchem Resultat dies führen kann. Die Unzufriedenheit ist, wie natürlich, am meisten gerichtet gegen die, billigen Arbeitern nachjagenden Kolonisten und hauptsächlich gegen die zionistische Kommission, die nichts tut um die drückende Lage zu erleichtern. Die Poale-Zion lehne jede Verantwortung ab, für die schlimmen Konsequenzen, zu denen die gerechte Unzufriedenheit der Arbeiter führen kann. Rasche Hilfe tut not. Die zionistische Kommission muss sofort Mittel suchen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Es muss sogleich in dieser Frage eine gemeinsame Sitzung mit den Vorstehern der Arbeiterschaft einberufen werden. Diese gemeinsame Sitzung hat leider nur geringen Erfolg gezeitigt. Von der Poale-Zion und den Vorstehern der Arbeitslosen wurde verlangt, dass sofort — es ist dies möglich — Arbeit für mindestens 1000 Personen geschaffen wird, Arbeit, die den Arbeitern das Existenzminimum bietet, sodass sie keiner Unterstützungen bedürfen. Man solle auch allgemein den Ursachen nachgehen, weshalb die Kolonisten keine jüdischen Arbeiter anstellen wollen. Die Vor-

steher der Kommission Dr. *Lewin Epstein, Gluskin* und *J. Goldberg* verlangten, dass die Arbeiter in den Kolonien unter den unmöglichen Bedingungen arbeiten sollen, die die Kolonisten Association geschaffen hat und zu den niedrigen Preisen, die die Kolonisten zahlen. Falls die Arbeiter mit dem Lohne nicht ihr Auskommen fänden, wird die Kommission aushelfen. Wir waren absolut gegen diese kleinliche, „wohltätige" Lösung der Arbeiterfrage. Da die „Politiker" sich auf Geldmangel berufen und deshalb von sich selbst aus, grössere Arbeitsmöglichkeit nicht schaffen können, um so mehr, da die Kommission, wie sie sagen, kein Geld für die Arbeiter und die Arbeit erhält, so fordert Blumenfeld in der Fortsetzung seines Briefes die amerikanischen Genossen auf, sogleich dahin zu wirken, dass die Stellungnahme der Kommission gegen die produktive Arbeit in Palästina aufhöre. Arbeit kann gefunden werden, grössere landwirtschaftliche und industrielle Unternehmungen können geschaffen werden, falls nur die zionistische Kommission ihre wirkliche Aufgabe verstehen würde. Das Zentralkomitee der amer. Poale-Zion hat daraufhin beschlossen, Verhandlungen mit dem „Joint Distribution Committee" zu führen, dass 10,000 Dollars monatlich dem Arbeitsbüro in Jaffa für Arbeiterheime und Arbeiterküchen übergeben werden sollen, damit die Arbeiter nicht auf Wohltätigkeit angewiesen sind. Es wird auch verlangt, dass das Arbeitsbüro in dem „Joint Distribution Committee" in Palästina vertreten sei, um Garantie zu haben, dass die Gelder auf gehörige Weise unter den Arbeitern verteilt werden. (Jiddischer Kaempfer.)

Britische Juden und „fremde" Juden.

Unser Londoner Korrespondent meldet:

London. Hier herrscht grosse Aufregung über einen von zehn prominenten „Jsraeliten" in der antisemitischen „Morning Post" namens der Liga der britischen Juden veröffentlichten Brief, worin, um die britischen Juden vom Verdacht des Bolschewismus reinzuwaschen, darauf hingewiesen wird, dass diese Ideen nur bei den „fremden Juden" Eingang gefunden hätten. Der „Jewish World" nennt diesen Brief eine Denunziation (Messira) und die Gefährlichkeit liege nicht nur in der Teilung in „britische" und „fremde" Juden, sondern auch im Hinweis, dass die „fremden" Juden mit dem Bolschewismus sympatisierten oder mit andern Worten, nach einer Revolution in diesem Lande trachteten. Dr. *Gaster* schreibt, der Versuch die eigene Stellung auf Kosten anderer zu retten und die hilflosen Massen zu denunzieren, um die versteckten Interessen Weniger zu schützen, sei zwar nicht neu in der Geschichte, doch sei es letzten Endes von Mitgliedern der Anglo Jewish Community zu erwarten gewesen.

Am 29. April fand eine, einzig zu diesem Zwecke einberufene, überaus stürmische Sitzung der „Board off Deputy" statt. Sir *Magnus*, einer der Unterfertiger des Briefes in der „Morning Post", suchte den Schritt zu erklären und zu entschuldigen. Zur Rettung der Lage war Lucien *Wolf* aus Paris herbeigeeilt. Selbst Sir Stuart *Samuels*, der ebenfalls für die Abschwächung der von den Zionisten eingebrachten und von Dr. *Daiches* und Anderen vertretenen scharfen Verdammungsresolution sprach, meinte, wir werden den „Zehn" nie verzeihen, dass sie ihren Brief in der „Morning Post", einer Zeitung die so voll Hass gegen alles Jüdische ist, veröffentlicht haben. Keiner von den Zehn hat sich Rechenschaft über seine Handlung gegeben. Nach heissem Kampfe wurde die Resolution Dr. *Daiches* mit 23 Stimmen gegen 21, die auf das Ammendement Sir *Magnus* fallen, angenommen. Um jedoch Einstimmigkeit zu erreichen, wird späterhin folgende Resolution vorgelegt und einstimmig angenommen: „Die „Board" bedauert den Brief der Zehn betreffend der Liga der britischen Juden, der in der „Morning Post" erschienen ist, weil aus diesem Briefe ein Hass gegen die eingewanderten Juden spricht und ein Unterschied zwischen Jud und Jud gemacht wird. Die „Board" wendet sich namens *aller* Juden gegen die Beschuldigung, dass die Juden irgend etwas mit dem Bolschewismus zu tun hätten."

Chronik.

Polen-Galizien.

— In einem längeren Schreiben von Israel Zangwill an die von der Zionistischen Organisation in London einberufene Protestversammlung gegen die polnischen Judenpogrome hiess es: „Wenn nicht der Friedensschluss ein tragischer Misserfolg werden soll, müssen Polen und alle anderen Länder, denen man nicht zutrauen darf, dass sie ihre Minoritäten schützen, unter die sichere Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden. Hier ist der eigentliche Bereich für die Ausübung des neuen Mandatarsystems. Eine Mandatarmacht für Polen ist sicherlich noch notwendiger als eine solche für Palästina."

Lemberg. Von geheimer polnischer Seite ist letztens wiederholt der Versuch unternommen worden, Waffen und Munition in die Gebäude der jüdischen Institutionen in Lemberg zu durchsichtigen Zwecken einzuschmuggeln. Dieser Tage wurde ein gleicher Versuch von polnischen Individuen unternommen, Waffen in das Haus der Kultusgemeinde hineinzuschaffen. Es wurde dies jedoch von einem Gemeindebeamten bemerkt, der davon der Polizei Meldung machte.

Entlassung der jüdischen Offiziere in Polen.

Krakau, 3. Mai. „Nowy Dziennik" zufolge verfügte der polnische Vize-Kriegsminister die sofortige Versetzung ins nichtaktive Verhältnis aller jüdischen Offiziere und Militärbeamten, die das militärpflichtige Alter bereits überschritten haben.

Warschau, 24. April. Auf die Bekanntmachung der polnischen Behörde in Bialystok, dass sie Beamte für die städtischen Verwaltungsstellen suche, meldeten sich auch viele Juden. Es wurde mit den jüdischen Repräsentanten die Vereinbarung getroffen, daß 4 Juden in das Kommissariat Aufnahme finden sollen. Im letzten Augenblicke ging jedoch den jüdischen Bewerbern die Mitteilung zu, daß die Anstellung von Juden einer besonderen Erlaubnis des Ministeriums des Innern in Warschau bedürfe. (K.f.d.O).

— In der polnischen Armee des Generals *Haller* befinden sich auch viele Juden, wie es heisst gegen 3000. Die jüdischen Soldaten stammen aus Galizien

und sind zusammen mit den polnischen Gefangenen aus Oesterreich, die in italienische Gefangenschaft geraten waren, in die polnische Armee eingetreten.

— Die Mitarbeiter des Warschauer „Jüdiszes Wort", die nach Einstellung der Zeitung, Differenzen wegen, nach Frankfurt reisten und auf ihrer Rückreise in Bendin verhaftet worden waren, sind endlich befreit worden und nach Warschau zurückgekehrt.

Ukraine.

Stanislau, 28. April. Der „Ukrainische Pressedienst" meldet: In der Schlussitzung des ukrainischen Nationalrates wurde nach eingehender Debatte der Gesetzentwurf betreffend das Wahlgesetz, die Wahlordnung und die Einberufung des Landtages des Westbereiches der ukrainischen Volksrepublik in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Der künftige Landtag wird aus 220 Abgeordneten bestehen. Von diesen Mandaten entfallen auf die Ukrainer 160 Sitze, auf Polen 33, auf Juden 27 und auf Deutsche 6 Sitze. Das Wahlrecht ist proportional. Den Frauen wurde das aktive und passive Wahlrecht verliehen.

— Der bekannte jüdische Politiker Senator *A. Margolin,* der als Vizeminister des Aeussern der ukrainischen, nichtbolschewistischen Regierung angehört, ist von seinem Posten zurückgetreten. Er begründete diesen seinen Schritt mit folgendem Brief an den Aussenminister: „Die schwere und verantwortliche Arbeit, die auf uns Regierungsmitgliedern liegt, wird noch kompliziert durch das tragische Faktum der Judenpogrome, die nicht aufhören und durch das Bewusstsein, dass die Regierung nicht die Macht hat, diese Gewalttaten und Massakers, wie sie in Proskurow und andern Orten vorgekommen sind, zu verhindern. Es ist mir genau bewusst, dass die Regierung alles was in ihrer Macht liegt, tut, um die Pogrome zu unterdrücken. Ich weiss auch, dass die Ohnmacht der Regierung in diesem Kampfe allen Regierungsmitgliedern grosse Sorge bereitet und ihnen ihr geistiges Gleichgewicht und ihre Ruhe raubt. Aber das, was ich als Jude erlebe, wird noch verstärkt durch das Bewusstsein, dass die Resultate der Anarchie, unter welcher die materiellen Interessen der ganzen übrigen Bevölkerung leiden, für das jüdische Volk fatal sind, für das jüdische Volk ein ungeheures Unglück bedeuten. Ich spüre mich deshalb ausser Stande, meine Kräfte weiter meinem Amte zu widmen und bitte mich deshalb von meinem Amte als Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten zu entheben."

Litauen.

Vorbereitungen der südlitauischen Juden zur Auswanderung nach Palästina.

Die Zionistische Organisation in Südlitauen hat begonnen, die Namen derjenigen zu notieren, die sich in Palästina niederlassen wollen. Um alle die zu beseitigen, die es nicht ernst meinen, muss jeder, der sich einschreiben lässt, 5 Mark bezahlen und ausserdem ein Bewerbungsformular ausfüllen.

Lokale Gesellschaften werden davor gewarnt, Leute einzuschreiben, die grosse Familien zu versorgen haben, oder mittellos oder arbeitsunfähig sind. Man hat sie darüber informiert, dass folgende Bevölkerungsklassen für Palästina besonders geeignet sind: fähige Landarbeiter, Handwerker, ausgebildete und unausgebildete Arbeiter, Berufsarbeiter, Personen mit administrativen Erfahrungen, sowie grosse und kleine Kapitalisten. Es soll ein Versuch gemacht werden, Gruppen zu organisieren, die sich entweder als Produzenten und Verbraucher oder zwecks Verwirklichung eines gemeinsamen sozialen Ideals, zusammen ein Wort schliessen werden. (K.Z.B.)

Rumänien.

Bukarest. Die Frist zur Einreichung des Gesuches um Einbürgerung auf Grund des königl. Dekretes vom 6./19. Januar 1919, welches dem Bewerber unter anderm die famose Beweislast der Geburt in einem Lande auferlegte, wo die Geburtsmatriken fehlen, oder dass der Petent nicht den Schutz irgend eines anderen Staates geniesst, also etwas negatives, ist für die im alten Rumänien wohnenden Juden, bereits abgelaufen. Die Juden haben es abgelehnt auf derartige Tricks aufzusitzen, Nicht fünfzig Gesuche wurden überreicht. In diesem Verhalten ist der einmütige Protest der Juden des Landes gegen jede derartige Gesetzgebung zum Ausdrucke gekommen.

Deutsch-Oesterreich.

Wien. Bei den am 5. Mai stattgefundenen Wahlen in die niederösterreichische Landesversammlung und in den Wiener Gemeinderat wurden in letzteren *3 Jüdischnationale, Dr. Jakob Ehrlich, Dr. Leopold Plaschkes* und *Dr. Fruno Pollack-Parnau,* in erstere *1 Jüdischnationaler, Dr. Isidor Schalit,* gewählt.

— Eine Anzahl von Kaufleuten, die entschlossen sind, bei erster Gelegenheit nach Palästina zu übersiedeln und ihre Geschäftstätigkeit dorthin zu verlegen, fassten den Plan, ihre Kapitalien zusammenzulegen, um eine grosse Gesellschaft zur Einbürgerung der Konfektionsindustrie in Form von Heimarbeit zu gründen. Als einige Beispiele für aussichtsvolle Konfektionszweige seien angeführt: die Erzeugung von Herren- und Damenwäsche, von Herren-, Damen- und Kinderkleidern, von Schuhen und Lederwaren aller Art, von Schirmen, Krawatten und Möbeln. Interessenten, welche sich diesem Unternehmen anzuschliessen gedenken, wollen ihre Adresse unter näherer Angabe ihrer Wünsche und Absichten an das Palästina-Amt, Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse 33, ehestens bekannt geben.

— Laut „W. Morgenzeitung" hat Dr. Harry *Torczyner,* Privatdozent für semitische Sprachen an der Universität in Wien, eine Berufung an die Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin angenommen.

Deutschland.

Auf der Versammlung der sephardischen Juden Berlins wurde folgende Resolution angenommen: Die am 13. April 1919 in den Räumen des israelitish-sephardischen Vereins versammelten sephardischen Juden Berlins begrüssen die Bildung des Jüdischen Nationalrates in Konstantinopel, und geben der Hoffnung Ausdruck, dass er den Anfang bilde zu einem machtvollen Em-

porblühen jüdischen Lebens und jüdischer Kultur unter den Juden der Türkei.

— Ein Herzl-Wolffsohn-Museum existiert seit einigen Jahren in Berlin in der Bayreuterstrasse 36, in dem 8 Zimmer vollständig mit Erinnerungen an die beiden ersten Führer des Zionismus angefüllt sind, die unter der kundigen Leitung von Frau Rechtsanwalt Dr. *Leszynski* gesammelt wurden. Während der Berliner Palästinawoche hat Frau Dr. Leszynski sich bereit erklärt, das Museum zu Gunsten des Jüdischen Nationalfonds zu öffnen und die Führung selbst zu übernehmen.

— An Stelle des General v. Wriesberg wurde General v.Seeckt z. Führer der deutschen militärischen Delegation zur Friedenskonferenz nach Versailles ernannt. Wie das „Berliner Tageblatt" hinweist, veröffentlichte General v. Wriesberg unlängst einen antisemitischen Artikel.

— In Berlin traf der ehemalige Minister für jüdische Angelegenheiten in der Ukraine, der Poale-Zion-Führer *Rewutzki*, ein.

England.

Die Internierung der galizischen Juden.

Die englische Zeitung „Daily News" veröffentlicht den Brief eines Korrespondenten, in dem dieser die Aufmerksamkeit auf das unglückliche Los der internierten galizischen Juden lenkt. Die Regierung kann sie nicht nach Polen zurücksenden, das ihnen die Anerkennung ihrer Nationalität verweigert, und auf Niederlassung in einem anderen Lande haben sie keinen Anspruch. Die englische Regierung hat eine klare Scheidelinie zwischen jüdischen und nicht jüdischen Polen gezogen. Den letzteren gewährt sie Freiheit der Person und Bewegung, den ersteren verweigert sie beides. Der „Jewish Chronicle" verbreitet diesen Brief aus den „Daily News" und verweist darauf, es sei eines freien Landes unwürdig, noch fünf Monate nach Abschluss des Waffenstillstandes eine grosse Schar am Kriege vollständig unschuldiger Menschen gefangen zu halten.

— In London fand vor kurzem eine Sitzung des Executive Council der English Zionist Federation statt, bei der Herr Paul Goodman präsidierte. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt zur Ausarbeitung eines Planes für die Aufbringung von 25,000 Pfund, die den Anteil der englischen Juden am Budget der Zionistischen Organisation für 1919 in Palästina und der Diaspora darstellen.

— Die Jahreskonferenz der englischen zionistischen Federation wird in London vom 11.—14. Mai abgehalten werden.

— Die erste Schiffsladung von Jaffa-Orangen seit Kriegsausbruch ist in Liverpool und London angekommen.

Frankreich.

Die Londoner zionistische Organisation meldet, dass die zionistische Konferenz in Paris Schritte unternommen habe, um den schädlichen Einfluss abzuschwächen, den die französischen Israeliten mit Prof. Sylvain Lévi an der Spitze durch ihr Auftreten bei der Friedenskonferenz mit ihrem antizionistischen Programm ausüben. Die Konferenz hat eine Delegation gewählt, die Clemenceau den Standpunkt der amerikanischen Zionisten klarmachen soll. Es wird darunter das volle zionistische Programm verstanden, das die Forderung nach einem nationalen Heim in Palästina in sich schliesst. Auf die Meinung der amerikanischen Zionisten legt die französische Regierung viel mehr Gewicht als auf die der französischen und es ist bekannt, dass die französische Regierung grosse Rücksicht auf die jüdische öffentliche Meinung ausserhalb Frankreichs nimmt und stark mit ihr rechnet. (Wiener Morgenpost)

Amerika.

Voraussichtliche Palästinasiedler aus Amerika.

Während der Kampagne, die die Zionistische Organisation in Amerika zwecks Beschaffung von 300.000 Lst. für den Wiederaufbau-Fonds führt, konnte die Enquête über die Zahl der voraussichtlichen Palästinaansiedler aus Amerika nicht vollkommen organisiert werden. Die Zahlen, die sich ergeben haben, sind darum noch unvollständig. Sie zeigen, dass die voraussichtlichen Ansiedler 130 Berufe aufweisen. Die grösste Einzelgruppe möchte mit Landarbeit beschäftigt werden. Das Zionistische Bureau in New York berichtet, dass auch 2600 Kinder, von denen die meisten Knaben sind, gern in Palästina leben möchten. (K.Z.B.)

— Da die zionistische Organisation sich mit der vom Misrachi gestellten Forderung, die für den Wiederaufbaufonds gespendeten Summen für Erziehungszwecke auf Basis der orthodoxen Anschauungen zu verwenden, nicht einverstanden erklärte, so hat der amerikanische Misrachi der zionistischen Organisation in einem Schreiben mitgeteilt, dass er entschlossen sei, die orthodoxen Kräfte für das Werk des Wiederaufbaus unabhängig von der zionistischen Organisation zu sammeln.

— Das Repräsentantenhaus des Staates Massachusetts hat eine Resolution zu Gunsten der jüdischen Heimstätte in Palästina und des Rechtes der Juden auf freie nationale Entwicklung in allen Ländern beschlossen. Eine ähnliche Resolution fasste auch die Vertretung des Staates Albany. Die Resolutionen wurden dem Präsidenten Wilson übermittelt.

Palästina.

Die englische Verwaltung Palästinas.

London, 3. Mai. Für die Verwaltung von Konstantinopel, Syrien, Arabien, Mesopotamien, Armenien und Palästina sollen neun Bevollmächtigte ernannt werden. Einige der genannten Gebiete werden unterteilt werden.

— Der „Evening Standard" berichtet, dass der bekannte jüdische General *Sir John Monash*, der siegreiche Führer der Australier, als Gouverneur für Palästina vorgeschlagen wurde für den Fall, dass die zionistischen Forderungen bewilligt werden. Wie „Evening Standard" schreibt, ist Sir John Monash als guter Jude stolz auf seine Rasse, besitzt aber auch die Sympathie aller Anderen, was ihm die Möglichkeit bieten wird, auch mit den Arabern und Syriern sich gut zu vertragen. Da Sir John Monash selbst Ingenieur ist, so bietet seine Persönlichkeit volle Gewähr für die günstige Entwicklung des Landes.

Englische Investitionen in Palästina.

Stockholm, 3. Mai. Die britische Administration in Palästina beabsichtigt, zwei Millionen Pfund für die Verbesserung des Hafens von Haifa und die Modernisierung Jerusalems zu investieren. (J.P.St.)

Agudath Hamajim.

In Palästina hat sich eine Gesellschaft von Fachmännern unter dem obigen Namen gebildet, welche die Gewässer des Landes für Fischereizwecke und Schiffahrt ausnutzen will. Das Statut der Gesellschaft wurde der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. (K.Z.B.)

— Wie der dänische Konsul in Fredrikstad, Direktor Ivar Juel Moltke-Hansen, „Tidens Tegu" mitteilt, ist eine Gesellschaft in Bildung begriffen, die die Zuflüsse des Jordans aufdämmen will, um ein Wasserreservoir für die Bewässerung von 100,000 bis 150,000 Hektar zu schaffen. Eine südlich von Jerusalem am Toten Meer zu errichtende Kraftanlage soll nach Grabung eines Tunnels vom Mittelländischen nach dem Toten Meer 100,000 Pferdekräfte liefern. (Jüd. Korr. Wien.)

Das jüdische Bataillon in Palästina.

Eine grosse Anzahl der Manschaften des jüdischen Bataillons sind aus Palästina nach England zurückgekehrt. Die Mehrzahl der amerikanischen „Judeans" hat dagegen vorgezogen in Palästina zu bleiben, und ihre Truppenteile werden dort demobilisiert. Für 200 Leute hat man bereits Arbeit beschafft, und die Palästina-Kommission ist dabei, auch den andern Beschäftigung zuzuweisen. Man hat Vorkehrungen getroffen, den noch in Garnison befindlichen Soldaten das Studium der Bedingungen des Landes zu ermöglichen. Agronom Oettinger wird eine Reihe landwirtschaftlicher Vorträge halten.

— Tagtäglich kommen aus allen Richtungen der Welt jüdische Emigranten nach Palästina. Viele befinden sich in Port Said und viele in Alexandria. Die Mehrzahl ist aller Mittel bar. Alle wollen sie nach Palästina, erhalten jedoch nur sehr schwer die Erlaubnis dazu. So sind mit dem letzten Schiff 7 Personen aus Sibirien angekommen. Alle Einwanderer sind junge Leute. Viele von ihnen sind hebräische Lehrer und Männer hoher Bildung. Sie erzählen, dass tausende Juden in Sibirien auf die erste Gelegenheit warten, sich nach Palästina einzuschiffen. Es wurde dort viel Geld für Palästina gesammelt. Der „Rasswjet" erscheint jetzt in Irkutsk. (Chadaschoth Mehaarez.)

— Die amerikanisch-zionistische Delegation unter der Leitung des Dr. Friedenwald ist in Palästina eingetroffen und wurde von der Bevölkerung in herzlichster Weise empfangen

— Das Hotel „Herzliah" in Haifa wurde in ein Beth Am umgewandelt.

— Der frühere Leiter der Jaffaer Tachkemoni-Schule Dr. Seliger ist gestorben.

Presse.

— Der Bundesrat bewilligte dem Zentral-Bureau der „Agudas Jisroel" die Herausgabe einer Zeitschrift „Haderech" in hebräischer und jiddischer Sprache. Der „Haderech" wurde früher als offizielles Organ der „Aguda" in Frankfurt a. M. herausgegeben und beginnt nunmehr in zwei Ausgaben — hebräisch unter dem bisherigen Namen und jiddisch unter dem Titel „Der Weg" — zunächst als Monatsschrift, in Zürich (Bahnhofstr. 35) zu erscheinen.

— Der „Temps" vom 21. April bringt einen längeren Artikel des polnischen Landtagsabgeordneten Dr. Osias Thon aus Krakau über die nationalen Forderungen der Juden in Polen.

— Am 25. April wurde bis auf weiteres das Erscheinen des Warschauer „Dziennik Nowy" verboten. Die Polizei konfiszierte die ganze freitätige Auflage.

— Juden als Erfinder. Professor Dr. S. Kraus, Wien, weist in einem interessanten Aufsatz „Wer hat das Schiesspulver nach Deutschland gebracht?" (Neue Jüdische Monatshefte 9/12) darauf hin, dass die Erfindung des Schiesspulvers nur irrtümlich Berthold Schwarz zugeschrieben worden ist. In Wirklichkeit war es ein griechischer Jude, Typseles, welcher, nach Angaben der Augsburger Chronik, als Erster im Jahre 1353 das Schiesspulver eingeführt hat. Im Zusammenhang damit erwähnt Professor Kraus auch, dass die künstliche Stickstoffgewinnung, welche den Salpeter entbehrlich machte, von zwei jüdischen Chemikern J. Frank und N. Caro erfunden worden ist.

Verlags-Notizen.

— Im Verlage Atar, Genf, erschien soeben eine Schrift des Syriers Negib Moussalli unter dem Titel: „Le Sionisme et la Palestine", worin der Verfasser gegen die zionistischen Bestrebungen vom politischen Standpunkt, weil die Juden überall Gleichberechtigung besässen, vom religiösen, weil die Christenheit und die mohammedanische Welt an dem Lande das gleiche Interesse hätte, und vom national-syrischen Gesichtspunkte, scharf Stellung nimmt. Verfasser bringt vor, dass die von der Entente den Juden gegenüber gemachten Versprechungen bedeutunglos sind, weil sie vor der Proklamierung der 14 Wilson'schen Punkte gegeben worden seien. (!)

— Im Verlag von Krugliakow, Jaffa, erschien ein neues, grossangelegtes, illustriertes, hebräisches Wörterbuch von Jehuda Grasowsky und Dawid Yellin.

— Der Verlag „Jiddisch" in New York gab die „Prager Maasijes" von David Ignatow heraus. Die erste Novelle „Beril Prager" erschien besonders als Märchen für Kinder.

— In New York erscheinen demnächst 5 neue Bände hebräischer Uebersetzungen von Schalom-Aleichem. Die Uebertragungen stammen aus der meisterhaften Feder J. D. Berkowitsch Zusammen mit den schon vorher erschienen drei Bändan (Menachem-Mendel, Towia und Katrielim) wird also fast das ganze Werk Schalom-Aleichems der hebräischen Literatur zugeführt werden.

— In jiddischer Sprache erschien in New York der erste Band einer jüdischen Geschichte von Ch. Schaus, die auf den Grundlagen der modernen Bibelforschungen beruht.

— Im Verlage der zionistischen Föderation Italiens sind soeben unter dem Titel „Il Risorgimento Nazionale d'Israele in Palestina", die auf der grandiosen Versammlung im Teatro Nazionale in Rom am 18. Dez. 1918, von Abg. Arca, Senator Ruffini, Rabb. Dante Lattes und Universitätsprofessor Emanuele Sella gehaltenen Reden, versehen mit einem Vorwort des Abg. di Cesaro, erschienen.

— Der Talmud Bawli erscheint jetzt in Amerika, herausgegeben von der Agudath Harabonim der Vereinigten Staaten und Kanadas. Der erste Band ist bereits herausgekommen. Jeden Monat soll ein weiterer Band folgen. Der Preis der einfachen Ausgabe in Leinenband ist 105 Dollar, der Luxusausgabe auf besserem Papier und dreiviertel Lederband mit goldenem Namensaufdruck des Subskribenten 250 Dollar, alles zahlbar in Raten. Bestellungen sind an „Ha-Talmud Publication Society, Inc. 89 Delancey Street New York" zu richten.